

Vera Lengsfeld

Tagebuch der Friedlichen Revolution

1. Januar bis 31. Dezember 1989

Exposé

Zum Buch

„Fünfundzwanzig Jahre nach ihrem Zusammenbruch leben wir in einer Gesellschaft, in der die DDR als Schimäre wieder auferstanden ist, die Mehrheit nicht mehr weiß, was die Mauer bedeutet hat und man einen Preis für Zivilcourage erwerben kann, indem man sich ein Hakenkreuz in die Hüfte ritzt und hinterher behauptet, die Rechtsradikalen hätten das getan. Also mache ich mich daran, den Legenden die Fakten entgegenzuhalten.“

Eintrag vom 1. Januar 1989

Das *Tagebuch der Friedlichen Revolution* beginnt im Januar 1989 und schildert – umrahmt von einem Vor- und einem Nachspiel – bis zum 31. Dezember 1989 die Ereignisse, die für die Friedliche Revolution im Herbst 1989 von Bedeutung waren. Es basiert auf eigenen Tagebuchnotizen und Meldungen der Presse, die rückblickend in den historischen Kontext eingebettet sind.

Die Revolution von 1989 ist bis heute ein Ereignis, das nicht richtig verstanden und daher unterschätzt wird. Mit diesem Buch will ich einen Überblick über den Entwicklungsweg der Oppositionsbewegung geben, Fakten beleuchten, die nur allzu oft in Vergessenheit geraten sind, und Zusammenhänge enthüllen, die aus dem damaligen Blickwinkel nicht immer erkennbar waren. Dabei berücksichtige ich nicht nur Ereignisse in der DDR, sondern auch in den anderen sozialistischen Ländern. Besonders im ersten Teil ziehe ich zudem Pressebeispiele aus der BRD heran, die belegen, dass der Westen die Entwicklung im Ostblock entweder nicht bemerkt oder unterschätzt hat. Ich beziehe mich dabei häufiger auf Walter Kempowskis *Alkor*, ein Tagebuch des Jahres 1989. Kempowski war ein genauer Beobachter, er las täglich mehrere Zeitungen, verfolgte Rundfunk- und Fernsehberichte. Wenn er also bestimmte Ereignisse nicht mitbekam,

kann man davon ausgehen, dass sie in den bundesdeutschen Medien nicht oder nur als Randnotiz berichtet wurden.

An Stellen, wo es für das Verständnis der Tagesereignisse nötig ist, schiebe ich kurze historische Exkurse ein. So wird die Vorgeschichte der revolutionären Eruption im Herbst 1989 deutlicher.

Im Vorspiel liefere ich eine Skizze der Entwicklung der „Unabhängigen Friedens-, Umwelt, und Menschenrechtsbewegung der DDR“, wie sich die Bürgerrechtsbewegung damals nannte. Ohne das Wirken der Opposition der 80er Jahre wäre die Friedliche Revolution nicht möglich gewesen. Im Nachspiel beleuchte ich die schnelle Entwicklung zur Vereinigung aus Sicht der Bürgerrechtsbewegung.

Parallel zum Erscheinen dieses Buches plane ich die Wiederholung eines Projektes, das ich bereits im Jahr 2009 erfolgreich durchgeführt habe, aber nun erweitern will: ein Tagebuch auf der Internetplattform „Achse des Guten“. Dort soll an jedem Tag des Jahres 2014 veröffentlicht werden, was fünfundzwanzig Jahre zuvor geschehen ist. Diese Veröffentlichung wird mit einer Aufforderung an die Leser verbunden sein, ihre eigenen Erlebnisse beizusteuern, sodass am Ende für das Jahr 1989 ein kollektives Tagebuch á la *Echolot* von Kempowski entstehen könnte.

Zielgruppe

Das *Tagebuch der Friedlichen Revolution* richtet sich an alle historisch interessierten Leser. Auch für die jüngere Leserschaft, die den Herbst 1989 nur aus Geschichtsbüchern kennt, kann dieses Buch eine interessante Lektüre sein.

Tagebuch der Friedlichen Revolution

Leseprobe

Erster Januar 1989

„Ein großes Gedächtnisjahr hebt seine Röcke und möchte begattet werden,“ beginnt Walter Kempowski seine Chronik „Alkor“ des Jahres 1989, ohne zu wissen, dass er am Jahresende über viel mehr als 50 Jahre Kriegsende, 40 Jahre DDR und BRD, 200 Jahre Französische Revolution, sowie seinen 60. Geburtstag zu berichten haben würde.

Kempowski war Ende 1989 einer der wenigen Intellektuellen, die mit reiner Freude auf den Fall der Mauer und den Zusammenbruch des Kommunismus reagieren konnten und die es nicht bereuen mussten, den falschen Heilspropheten gehuldigt zu haben.

Es ist ein Allgemeinplatz, dass die Zeitzeugen eines gesellschaftlichen Umbruchs sich allzu oft Täuschungen darüber hingeben, was sie eigentlich miterleben. „Die Geschichte lehrt, wie man sie fälscht“, dieses Bonmot des polnischen Aphoristikers Stanislaw Jerzy Lec ist seit DDR-Zeiten für mich eine Art Ariadne-Faden durch die Wirren der Geschichte und ihre Wahrnehmung. Fünfundzwanzig Jahre nach ihrem Zusammenbruch leben wir in einer Gesellschaft, in der die DDR als Schimäre wieder auferstanden ist, die Mehrheit nicht mehr weiß, was die Mauer bedeutet hat und man einen Preis für Zivilcourage erwerben kann, indem man sich ein Hakenkreuz in die Hüfte ritzt und hinterher behauptet, die Rechtsradikalen hätten das getan. Also mache ich mich daran, den Legenden die Fakten entgegenzuhalten.

Am 30. Dezember 1988 fordern führende sowjetische Intellektuelle eine rückhaltlose Unterstützung der Politik Michail Gorbatschows, die sie als eine Politik der Demokratisierung ansahen. Sie machen sich für einen Parteichef stark, der seinen Kurs der Glasnost und Perestroika gestartet hat, um den Kommunismus zu retten. Wie sich im Verlauf des Jahres 1989 zeigen wird, ist der Kommunismus als Weltmacht nicht mehr zu halten.

Am 1. Januar 1989 tritt in der DDR etwas in Kraft, das man als einen Vorboten für die kommende Entwicklung sehen könnte. Ein neues Reisegesetz eröffnet erweiterte Möglichkeiten für private Besuche im Westen, aber auch für die ständige Ausreise. In den kommenden Monaten sollte sich erweisen, dass die DDR-Bürger entschlossen waren, diese Möglichkeiten zu nutzen.

Zweiter Januar 1989

Am 2. Januar 1989 kehrt der litauische Titularbischof Steponavičius nach 28 Jahren Exil nach Wilna zurück. Damit endet die schlimmste Zeit der Unterdrückung der Kirchen in den baltischen Staaten. Sie sollten bald eine entscheidende Rolle in den kommenden Ereignissen spielen.

Zu Jahresbeginn sind die staatlichen Organe, wie sie in der DDR hießen, schon bestens auf mögliche Zusammenstöße mit der Bevölkerung vorbereitet. Ein Kampfgruppenkommandeur erinnert sich daran, dass bis 1984 das „Sperrren der Bewegungsrichtung“ einer der taktischen Ausbildungsschwerpunkte für die Kampfgruppen war. Das hieß im Klartext: die Eindämmung eines NATO-Angriffs auf eigenem Territorium; Freihaltung der Marschrouten und Aufstellungsräume der regulären Armeen; Bekämpfung versprengter Einheiten des Gegners. Also mussten die Kampfgruppen alles lernen, was irgendwie mit der NATO zu tun hatte. Es gab sogar ein „Gegner“-Kabinet mit Puppen in Original-Uniformen.

Das änderte sich ab 1985: Die neue Taktik hieß jetzt „Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Sicherheit“. Geübt wurde nun das Räumen von

Straßen und Plätzen, die Suche nach „Störern der öffentlichen Ordnung“, die Zuführung von Verhafteten und die Auflösung von Zusammenrottungen. Ab sofort sollten auch Frauen in die Hundertschaften aufgenommen werden. Die Ausbildung schloss nun den Umgang mit Schlagstock und Handfesseln ein. Dafür wurden „Demonstrationsübungen“ für alle Kommandeure veranstaltet. Die neue Taktik kam bei den Kämpfern nicht gut an. Es gab erste Austritte und allgemeines Murren, was bis dahin undenkbar war.

„Die Öffentlichkeit hatte keine Ahnung, worauf wir uns vorbereiteten. Die Ausbildung fand immer in Waldgebieten statt. Dort lernten wir das Sperren und Räumen von Straßen und Plätzen anhand von Stadtplänen, oder, vom Frühjahr 1986 an, Taktikelemente wie ‚Zuführung von bekannten Störern‘. Dafür gab es Listen von Zuführungspunkten, die flächendeckend in der ganzen DDR eingerichtet worden waren: einsam gelegene, aufgelassene Fabriken, Schlösser, Feriensiedlungen – damit im Ernstfall die in weiteren Listen erfassten ‚Gegner der DDR‘ schnell isoliert werden konnten.“

Das *Neue Deutschland* dagegen tut so, als sei die sozialistische Welt noch in Ordnung. Es meldet: „Gute Arbeitsergebnisse während der ersten Schichten am Neujahrstag.“

Dritter Januar 1989

Die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter gibt bekannt, dass sie 1988 1.235 Gewaltakte des DDR-Staates gegen seine Bürger registriert hat. Für diese Gewalttaten sind die Verantwortlichen kaum zur Rechenschaft gezogen worden. Das machte das Vergessen leicht.

Vierter Januar 1989

Während das *Neue Deutschland* ungerührt titelt „Kollektive im Wettbewerb zum Wohle des Volkes“ und damit ein weiteres Signal setzt, dass sich in der heilen sozialistischen Welt nichts ändert, sind die Journalisten-Kollegen

jenseits der Oder-Neiße-Friedensgrenze schon viel näher an der Realität. Die Wochenzeitung der Polnischen Kommunistischen Partei *Polytika* interviewt erstmals den Vorsitzenden der verbotenen Gewerkschaft *Solidarność* Lech Wałęsa. Das war eine offizielle Anerkennung des Einflusses, den die Gewerkschaft und ihre Anhänger trotz der Repressalien während des Kriegsrechts gewonnen hatten. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass die polnische *Solidarność* ebenso gestärkt aus dem Kriegsrecht hervorging, wie seinerzeit die deutschen Sozialdemokraten aus den Verfolgungen des Sozialistengesetzes. Das Interview von Wałęsa wirkte weit über Polen hinaus. Der Text wurde übersetzt und in vielen Ländern des Warschauer Paktes verbreitet. Anders als viele friedensbewegte Oppositionelle der DDR, ließ sich Wałęsa niemals auf eine pauschale Verdammung des Nato-Doppelbeschlusses ein, sondern er formulierte als Ziel von *Solidarność* klar eine rechtsstaatliche Demokratie, keinen verbesserten Sozialismus.

Die SED erkannte sehr genau, welche Gefahr ihr aus dem Nachbarland drohte. Ihr Zentralorgan, das *Neue Deutschland* scheute sich nicht, offene Hetze gegen die Polen zu betreiben, die nur in die DDR kämen, um den Bürgern alles wegzukaufen. So wurden aus Sicht der SED zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die polnischen Nachbarn wurden diskreditiert und zum Sündenbock für die immer häufiger auftretenden Versorgungsmängel der späten 80er Jahre gemacht. Geholfen hat das freilich nicht viel. In der Herbstrevolution orientierten sich die in schneller Folge gegründeten Bürgerrechtsparteien der DDR an den Aktionen der polnischen Oppositionellen. Nach deren Vorbild riefen sie den *Runden Tisch* ins Leben, der die letzten Tage der SED-Regierung begleitete und die ersten und letzten freien Volkskammerwahlen initiierte.

Fünfter Januar 1989

Das *Neue Deutschland* titelt, dass Wehrdienst im Sozialismus „Dienst am Frieden“ sei. An diesem Tag gelingt es einem 34-jährigen Mann in Berlin-

Lichtenrade die Grenzanlagen zu überwinden. Die Diener am Frieden machen von ihren Schusswaffen Gebrauch, glücklicherweise ohne den Flüchtling zu treffen. Wären die Schützen erfolgreich gewesen, hätte es Sonderurlaub gegeben. Leuten, die glaubten, der Dienst am Frieden müsse nicht zwangsläufig das Schießen auf unbewaffnete Flüchtlinge beinhalten und dies ihrem Vorgesetzten mitteilten, fanden sich hingegen im Armeegefängnis Frankfurt/Oder wieder.

Schon die Weigerung, an der Grenze zu dienen, konnte dramatische Folgen für die berufliche Laufbahn haben. An ein Hochschulstudium war dann kaum noch zu denken. Welcher Achtzehnjährige – in diesem Alter wurde man in der Regel in die NVA eingezogen – hat die Kraft, sich alle Zukunftschancen zu verbauen? In einer Diktatur gibt es keine freie Wahl. Das gerät heute oft in Vergessenheit und damit aus dem Blick, dass alle DDR-Oppositionellen ein Außenseiterdasein in Kauf genommen und Flüchtlinge bis zum Schluss ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben.

Die Alliierten und der Westberliner Senat protestierten übrigens noch am selben Tag gegen den Schusswaffengebrauch an der DDR-Grenze und dokumentierten damit, dass es diese Vorfälle tatsächlich gegeben hat. Die Einlassungen der politisch Verantwortlichen für das DDR-Grenzregime lesen sich heute hingegen so, als hätte nie ein Schießbefehl existiert.

Sechster Januar 1989

In der letzten der zwölf heiligen Nächte erreicht nach altem Glauben die dämonische Macht der Finsternis ihren Höhepunkt. Ein guter Tag, alte Dämonen zu entsorgen. Hat die FDP deshalb ihr Dreikönigstreffen auf diesen Tag gelegt? Bundesaußenminister Genscher wünscht sich in seiner Rede vor dem Parteigremium eine „Brandmauer“ gegen die Aufrüstung. So verquer das Bild auch war, noch vor Ende des Jahres ging sein Wunsch durch den Mauerfall in Erfüllung.

Ganz ohne Vorahnungen demonstriert das *Neue Deutschland* seine andauernde Realitätsverweigerung mit dem Titel: „Hohe Wettbewerbsziele zum 40. Jahrestag der DDR“.

Ein anderes nach wie vor ungelöstes politisches Problem begleitet die Deutschen seit einem Vierteljahrhundert: die Gesundheitsreform, damals unter Minister Blüm. Die *Bild* titelt: „Herr Blüm, diese Kranken klagen an!“ Und wenn sie nicht gestorben sind, haben sie heute immer noch Grund zur Klage.

Siebter Januar 1989

Nach dem geglückten Fluchtversuch in Berlin zwei Tage zuvor, versucht wieder jemand die Grenze zu überwinden, diesmal im Bereich des Kontrollplatzes Drewitz. Durch mehrere Schüsse wird dieser Fluchtversuch verhindert. Nähere Umstände sind nicht bekannt.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wurde der Fluchtwillige ins Stasigefängnis Berlin-Hohenschönhausen eingeliefert. Wer unverletzt war, kam in eine Zelle, wer verwundet war, ins Haftkrankenhaus. Es war die einzige Institution, die an der Grenze Verletzte und Tote aufnehmen durfte, auch wenn sie zu weit von der Mauer entfernt war, um im Notfall rechtzeitig erreicht werden zu können. Die Ärzte, die in den 80er Jahren in diesem Krankenhaus gearbeitet haben, praktizieren zum Teil heute noch in der Nähe ihrer ehemaligen Arbeitsstelle. Die meisten wohnen noch immer in Hohenschönhausen, das seinen Namen nicht zu Unrecht trägt, denn am Oranke- oder am Obersee ist es wirklich schön. Die heute sorgfältig herausgeputzten Häuser wurden erst in der kurzen Zeit der Regierung Modrow Eigentum ihrer heutigen Besitzer. Die in „Volkseigentum“ befindlichen Häuser und Grundstücke, die ihren rechtmäßigen Besitzern durch Enteignung abhandenkamen, konnten aufgrund des sogenannten Modrow-Gesetzes zu Schleuderpreisen an die Systemstützen des DDR-Regimes verkauft werden.

Das *Neue Deutschland* meldet an diesem Tag „Wachsende Leistungskraft der Volkswirtschaft 1988“. Dabei war der Staat seit 1983 pleite. Das wissen wir vom Devisenbeschaffer der SED Schalck-Golodkowski, der nach seiner Flucht in den Westen Anfang Dezember 1989 noch ein paar aufschlussreiche Interviews gab, bevor er sich in seiner Luxusvilla am Tegernsee in Schweigen hüllte.

Wie sehr die Wirtschaft der DDR zu dieser Zeit am Boden lag, ist längst vergessen. Tatsächlich hat sich die Volkswirtschaft nie mehr vom sogenannten „Katastrophenwinter“ 1978/79 erholt, in dem eine Kältewelle ab Anfang Januar große Teile der Produktion zum Erliegen brachte. Braunkohle konnte bei diesen Temperaturen nicht ausreichend gefördert werden. Und seit Mitte der 70er Jahre verfügte die DDR über keinerlei Reserven mehr, sodass die Kohle direkt aus dem Tagebau in die Öfen geschaufelt wurde. Die Erdgaslieferung aus der Sowjetunion stockte. Die Arbeiter in den Betrieben wurden ein paar Tage mit der „Pflege und Wartung“ der Maschinen beauftragt und dann nach Hause geschickt, wo sie das Ende der Kälte abwarten sollten. Büromenschen wurden zum Winterdienst auf Straßen und Gehsteigen verpflichtet, weil die Stadtreinigung kein Benzin mehr hatte. Abends ging immer öfter das Licht aus. Man saß dann im Kerzenschein und konnte das sozialistische Leben sogar romantisch finden. Prekär wurde es jedoch, als nicht mehr genügend Kohle für die Privatöfen in den sozialistischen Handel gelangte. An manchen Orten gab es bereits kleinere Rebellionen. In ihrer Not wandte sich die Partei- und Staatsführung an den Klassenfeind und wurde, wie so oft, von ihm gerettet. Die BRD lieferte Ruhrkohle. Das machte die Kohlehändler der DDR kurzfristig zu begehrten Beziehungspersonen. Wer seinem Händler etwas bieten konnte, bekam die begehrten Steinkohlenbriketts und musste weniger oft heizen. Nach Abebben der Kältewelle stellte sich heraus, dass der volkswirtschaftliche Schaden so groß war, dass zehn Jahre lang kein Geld für Forschung und Entwicklung mehr zur Verfügung stehen würde. So sollte es tatsächlich kommen.

Achter Januar 1989

An diesem Tag geschieht etwas ganz Unerhörtes: die Veröffentlichung eines Briefes, in dem verschiedene Oppositionsgruppen die Christen dazu auffordern, bei den kommenden Kommunalwahlen im Mai eigene Kandidaten aufzustellen. Bisher hatten diese Gruppen, die sich in schneller Folge seit Anfang der 80er Jahre gegründet hatten, hauptsächlich Briefe an Partei- und Staatschef Honecker, das Politbüro, den Parteitag der SED oder die Kirchenleitung geschrieben. Nun wenden sie sich zum ersten Mal an eine breitere Öffentlichkeit.

Die Aufforderung, eigene Kandidaten bei der nächsten Wahl aufzustellen, war eine offene Kampfansage an das Regime. Sie zeugt davon, wie stark und selbstbewusst sich die Bürgerrechtler schon fühlten. Die Aufstellung der Kandidatenlisten, auch die der Blockparteien war bisher allein Sache der SED. Wie willkürlich dabei verfahren wurde, konnte ich als junge Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften selbst erleben. Eine Kollegin war bei der Kommunalwahl für die SED in den Gemeinderat gewählt worden. Nach der Wahl stellte sich heraus, dass die Frauenorganisation DFB bei der Aufstellung vergessen worden war. Also wurde meine Kollegin kurzerhand zur Vertreterin der Frauenorganisation erklärt. Da die Wahl ohnehin keine war, regte sich niemand darüber auf.

Die Wahllokale waren so gestaltet, dass die Wähler vom Empfang der Wahlzettel bis zur Urne in einer Reihe standen. Vorgesehen war, dass man die Wahlzettel lediglich faltete und dann in die Urne warf. Wer die Wahlkabine benutzen wollte, die in der entferntesten Ecke des Raumes stand, musste vor aller Augen aus der Reihe ausscheren und den Raum durchqueren. In der Kabine lag für gewöhnlich ein Bleistift, mit der härtesten Mine, die so spitz wie möglich war. Um eine ungültige Stimme abzugeben, musste man alle Namen einzeln durchstreichen und darauf achten, dass sich der Strich in der Mitte des Namens befand. Wenn er verrutschte, waren die Stimmzähler der Meinung, dass der Wähler den

Namen unterstreichen, also seine Zustimmung zum gesamten Wahlvorschlag der Nationalen Front bekunden wollte. So kamen regelmäßig die gewünschten Ergebnisse zustande.

Neunter Januar 1989

Am 9. Januar flüchten neun DDR-Bürger in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, um ihre Ausreise zu erzwingen. Dies war die erste von vielen nachfolgenden Botschaftsbesetzungen in der DDR und anderen sozialistischen Ländern. Damit entstand ein vorher nie da gewesener Druck auf das Regime. Niemand im Politbüro oder in der Bundesregierung wusste, wie man mit diesem Problem umgehen sollte. Gewährte man den Besetzern eine schnelle Ausreise, konnten sich andere ermutigt fühlen, ihre Ausreise auf demselben Weg zu beschleunigen. Andererseits demonstrierten die Flüchtlinge in der Botschaft jeden Tag, wie unattraktiv sie das Leben im Realsozialismus fanden. Dabei wurde so viel versucht, um den gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Erst zehn Tage zuvor hatte Parteichef Erich Honecker die Formel vom „Sozialismus in den Farben der DDR“ geprägt. Es klang allerdings von Anfang an mehr nach einer Beschwörung, als nach einer Beschreibung des tristen sozialistischen Alltags.

Das *Neue Deutschland* berichtet auf der Titelseite: „Werner Eberlein sprach auf Meeting der DKP – Großes Interesse für den Sozialismus auf deutschem Boden.“ Dieses Interesse war um so größer, je weniger man ihn erdulden musste. Die DDR kann heute nur deshalb verklärt werden, weil sie unwiederbringlich verschwunden ist. Wenn es die Möglichkeit gäbe, alle DDR-Nostalgiker noch einmal für nur 48 Stunden in die reale DDR zurückzusetzen, würden sie vereint schreien: „Wir wollen raus!“. Vermutlich die einzige Möglichkeit, sie dauerhaft von ihrer DDR-Sehnsucht zu heilen.

Zehnter Januar 1989

Die andauernde Besetzung der „Ständigen Vertretung“ der BRD in der DDR sorgt für Unruhe im Land. Es ist das Thema Nummer Eins, aber nicht in Westdeutschland. Für *Bild* hat die Operation Robert Lembkes am offenen Herzen einen höheren Nachrichtenwert.

Selbst Walter Kempowski geht in seinem Tagebuch mit keinem Wort auf die dramatischen Ereignisse in Ostberlin ein. Das verwundert bei einem Mann, der über jeden Verdacht erhaben ist, die DDR weich zeichnen zu wollen.

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der DDR ist äußerst besorgt über die jüngsten Ereignisse und ihre möglichen Folgen. Sie sieht in der Verbesserung der Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger ein Ventil. Der Leipziger Superintendent Friedrich Magirus wird deshalb für einen Kirchenmann ungewohnt deutlich: Beim „Jahreswechselgespräch“ mit Vertretern der Stadt Leipzig kritisiert er die jüngsten Reiseerlasse der DDR-Regierung als „Bürokratismus“. Das war unerhört, schließlich stellte diese Verordnung eine Verbesserung der bisherigen rigiden Reisebestimmungen dar. Für die SED waren die Reiseerleichterungen, zu denen sie sich unter dem Druck der Umstände durchgerungen hatte, ein zweischneidiges Schwert. Einerseits erfüllten sie tatsächlich eine gewisse Ventilfunktion: Im Jahr 1988 hatte die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die Ergebnisse der Forschungen zur Stimmung unter der Bevölkerung, die von der SED in Auftrag gegeben worden waren, verschwanden sofort im Panzerschrank und wurden mit „Streng geheim“ klassifiziert. Als Hauptgründe wurden die sich verschlechternde Umweltsituation, die miserable Versorgungslage, aber auch die fehlenden Reisemöglichkeiten benannt. Da half es, Unzufriedene mit Westreisen ruhig zu stellen und noch mehr, sie mit der Hoffnung auf eine eventuelle Reise zum Mundhalten zu veranlassen. Auf der anderen Seite trugen die von den Westreisen Heimgekehrten zur weiteren Stimmungsverschlechterung bei, weil sie Verwandten und Kollegen vom

traumhaften Warenangebot in den Läden vorschwärmten, von den tollen Autos auf den Straßen, den gepflegten Häusern, den Wohnungen mit Bädern und Fernheizung, den sauberen, schlaglochfreien Straßen und den pünktlichen Zügen. Dem direkten Vergleich mit dem Lebensniveau des Klassenfeindes konnte die triste sozialistische Realität keinesfalls standhalten. Die Diskussionen am Arbeitsplatz und anderswo wurden immer lauter. Die Staatssicherheit konnte nur registrieren, dass sich selbst SED-Genossen kaum noch wagten, der offenen Unzufriedenheit entgegenzutreten. Die Kluft zwischen der veröffentlichten Meinung und der tatsächlichen Stimmung hätte kaum größer sein können.

Elfter Januar 1989

Die „Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft“ ruft zu einem Schweigemarsch am 15. Januar, dem Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, auf. Obwohl die SED selbst der ermordeten Spartakistenführer traditionell mit einer Großdemonstration am dritten Januarsonntag gedachte, ließ sie elf Mitglieder der Initiative verhaften. Es durfte nur im staatlich vorgegebenen Rahmen an Karl und Rosa gedacht werden.

Im Jahr zuvor hatte die Staatssicherheit am Rande eben dieser Gedenkdemonstration die größte politische Massenverhaftung von Oppositionellen in der Geschichte der DDR durchgeführt. Innerhalb weniger Stunden wurden über hundert Bürgerrechtler verhaftet. Die Stasi hatte damals vor, mittels eines von ihr so genannten „Enthauptungsschlages“ die Opposition, die sich in den achtziger Jahren in der DDR entwickelt hatte, führungslos und damit handlungsunfähig zu machen. Doch damit hatte sie sich verrechnet. Nach den Massenverhaftungen gab es anhaltende Massenproteste. Solange die Bürgerrechtler inhaftiert waren, fanden in mehr als dreißig Städten allabendlich Protestgottesdienste statt. Der Größte in Berlin, wo sich außer Bürgerrechtlern auch die in der DDR akkreditierten Westjournalisten einfanden. Durch die tägliche

Berichterstattung im Westen gelangte die Nachricht von den Protestaktionen bis ins letzte Dorf der DDR, aber auch in die ganze Welt. Der politische Druck wurde so groß, dass Staats-, und Parteichef Honecker nach zwei Wochen die Freilassung aller Bürgerrechtler auf einer internationalen Pressekonferenz versprechen musste. Allerdings wurden die Verhafteten nicht einfach freigelassen, sondern nach und nach in den Westen abgeschoben. Diejenigen, die sich der Ausbürgerung verweigerten, wurden mit einem DDR-Pass und dem Versprechen ausgestattet, nach einer bestimmten Zeit wieder in die DDR zurückkehren zu dürfen.

Von diesen Vorgängen ist nie die Rede, wenn die SED-Linke und ihre Vorfeldorganisationen alljährlich zum Sozialistenfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde pilgern, um am Gedenkstein für Liebkecht und Luxemburg rote Nelken abzuwerfen.

Zwölfter Januar 1989

Die Besetzung der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR durch die neun Menschen, die ihre Ausreise in den Westen erzwingen wollen, hält an. Die Medien in der BRD berichten darüber sehr verhalten. Im Fernsehen, so notiert Walter Kempowski in seinem Tagebuch, werden Bilder von der Fassade der Ständigen Vertretung mit den Wachposten davor gezeigt. Keine Bilder vom Botschaftsinneren. Keine Aufnahmen oder gar Interviews von den Flüchtlingen. Sie sind in der *Tagesschau* nur als Schatten hinter den Gardinen zu sehen. „Eine sonderbare Art, die Menschheit zu informieren“, findet Kempowski.

Aber es gibt noch mehr Sonderbarkeiten. Am Tag zuvor waren in Ungarn unabhängige Parteien zugelassen worden. Auch dieses wahrhaft bahnbrechende Ereignis findet keine Erwähnung auf den Titelseiten.

Das *Neue Deutschland* berichtet über Honeckers Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps. Wie hat er wohl den Ungarischen Botschafter empfangen? Hat er ihn gefragt, ob seine Genossen in Budapest noch alle

ihre Sinne beisammenhaben? Oder war Honecker gar nicht bewusst, dass nun ein entscheidender Stein ins Rollen gekommen war, der das Imperium, in dem er mitregierte, zum baldigen Einsturz bringen würde. In seiner Rede vor den Diplomaten beschränkt er sich jedenfalls auf Beteuerungen, dass der Abrüstungsprozess beschleunigt werden müsse und die DDR ein zuverlässiger und berechenbarer Partner bliebe.

Bild hebt die Entführung der siebenjährigen Helene aufs Titelblatt.

Kempowski schreibt über die unglaubliche Schlamperei bei den Rettungsarbeiten nach dem furchtbaren Erdbeben in Armenien. In der ganzen Sowjetunion gab es keinen einzigen Rettungshund, kein Räumgerät. Die Helfer rückten den Trümmern mit Hammer und Meißel zu Leibe. Dafür hatte die SU eine Weltraumstation, in der „im Wesentlichen Experimente mit schwebenden Bleistiften“ gemacht wurden.

Ein Artikel im Mittelteil des *Neuen Deutschlands* zeigt, dass sich das Zentralorgan der SED den Veränderungen ringsum nicht ganz verschließen kann. Erstmals berichtet das Blatt über Verbrechen, die in der Stalinzeit an deutschen Kommunisten begangen wurden, wenn auch nicht im vollen Umfang. In den Terrorjahren 1937/38 ließ Stalin 1,5 Millionen Menschen verhaften, 680.000 von ihnen erschießen. Mindestens sechs Millionen kamen bei der Zwangskollektivierung ums Leben. Bis 1953 wurden etwa 20 Millionen Menschen in Straflager deportiert, von denen viele durch Hunger, Kälte und durch Krankheiten umkamen. Von den rund 3.500 in die Sowjetunion emigrierten kommunistischen Funktionären wurden siebzig Prozent hingerichtet. Andere starben in der Verbannung. Darunter Idealisten wie der Maler Heinrich Vogeler. Er hatte sein schönes Haus in Worpsswede der Roten Hilfe vermacht und im Vaterland aller Werktätigen die Erfüllung seiner utopischen Träume gesucht, aber nur den elenden Tod durch Verhungern gefunden.

Der *Spiegel* veröffentlicht Szenen des realsozialistischen Alltags in der SU: Sogar in Moskau, der am besten versorgten Stadt der Sowjetunion, gab es kein Waschpulver, keine Kernseife zu kaufen. Es fehlten Benzin, Tee,

Zahnpasta, Rasierklingen, Regenschirme, Streichhölzer. Dieser etwas willkürlichen Aufzählung kann ich aus eigener Erfahrung hinzufügen, dass es in ganz Moskau weder Einmal-Damenbinden, geschweige denn Tampons gab, keine Watte, kein Shampoo. Kosmetische Artikel wurden gehandelt wie Goldstaub. Viel schlimmer sah es in den Provinzen aus, denn hier fehlte es auch an Fleisch, Wurst, Butter und Zucker, die es ohnehin nur auf Karten zu kaufen gab. Von technischen Geräten, die im Westen längst zum Standard gehörten und jedem Sozialhilfe-Empfänger zustanden, wie Fernseher, Kühlschränke oder Waschmaschinen konnte man in der Sowjetunion jahrelang nur träumen. Ganz zu schweigen von Luxusgütern wie Autos, Rekorder oder Filmkameras. Die tägliche Versorgung der Bevölkerung bereitete größte Schwierigkeiten. Von den 87 Millionen Tonnen Kartoffeln, die produziert worden sein sollen, erreichten nur 7 Millionen Tonnen die Verbraucher. Der *Spiegel* vermutete darin Sabotage der Politik Gorbatschows. Es war aber wohl eher die Folge der rabiaten Ausblutung der Bauernschaft. Bis zum Oktoberputsch 1917 war Russland Getreide- und Nahrungsmittlexporteur, aber schon Anfang der 20er Jahre war das vorbei. Die Sowjetunion sollte bis zu ihrem Ende auf Lebensmittelimporte angewiesen sein.

[...]

Erster Oktober 1989

In Ostberlin wird unter dramatischen Umständen eine weitere Oppositionsgruppe gegründet: der *Demokratische Aufbruch (DA)*. Das Treffen war mit größter Vorsicht vorbereitet worden, denn man wusste, dass die Staatssicherheit eine weitere Gründung unbedingt verhindern wollte. Offiziell hieß es, die Gründungsversammlung würde in der Samaritergemeinde in Berlin bei Pfarrer Eppelmann stattfinden. Etwa achtzig Menschen fanden sich im Gemeindehaus ein, das sofort von der Staatssicherheit abgeriegelt wurde. Bei Eppelmann wurden an die Anwesenden Zettel mit der Adresse von Ehrhart Neubert verteilt. In

Neuberts Wohnung kamen siebzehn Leute an, die anderen wurden von der Staatssicherheit aufgehalten. Diese Siebzehn gründeten dann den DA und erarbeiteten eine Programmatische Erklärung, die noch am gleichen Abend über Telefon an westliche Journalisten weitergegeben wurde. Im Vergleich zum *Neuen Forum* strebte der DA eine höhere Verbindlichkeit an, verzichtete aber ebenfalls darauf, sich als Partei zu formieren. Ein paar Wochen nach der Gründung, als die Stasi nach dem Mauerfall bereits machtlos geworden war, erschien eine Physikerin bei Ehrhart Neubert, die sich zuvor bei der SDP umgesehen und auf Mitwirkung dort verzichtet hatte. Der DA lag ihr mehr. Sie entschloss sich zum Mitmachen und wurde von Ehrhart Neubert als Pressesprecherin eingestellt. So begann die politische Karriere von Angela Merkel.

Zweiter Oktober 1989

Es ist Montag. Der Tag des traditionellen Montagsgebets, an das sich heute nach Willen der SED nicht wieder eine Demonstration anschließen soll. Die Stadt gleicht einem Heereslager. Die Zufahrtsstraßen und die Bahnhöfe werden überwacht. Besonders Jugendliche, die in die Stadt wollen, werden daran gehindert. Ab 13 Uhr sind die Sicherheitskräfte, verstärkt durch Kampfgruppen, in Bereitschaft. Seit Tagen gab es eine intensive Pressekampagne gegen das Montagsgebet. Nun müssen SED-Kader, Universitätspersonal, Funktionäre der Blockparteien und Betriebsgruppen auf der Straße gegen das Montagsgebet protestieren. Die Passanten begegnen diesen staatlichen Demonstranten mit Spott oder Mitleid.

Trotz der weiträumigen Abriegelung der Nikolaikirche finden sich mehr als 10.000 Menschen in und an der Kirche ein. Außerdem findet noch ein Gebet in der Reformierten Kirche statt. In beiden Kirchen wird in leidenschaftlichen Predigten der „Aufbruch aus der Feigheit“ proklamiert. Gleichzeitig gibt es wieder Aufrufe zur unbedingten Gewaltfreiheit. Klaus Kaden in der Nikolaikirche: „Es kommt jetzt nicht nur darauf an, sich ein Herz zu fassen, sondern auch in der Auseinandersetzung mit dem

politischen Gegner sein Herz zu bewahren.“ Nach den Gebeten formiert sich ein Demonstrationszug von mehr als 15.000 Menschen. Wie in der Vorwoche sind die Sicherheitskräfte hilflos. Absperrungen werden einfach umgangen oder durchbrochen. Der Verlauf der Demonstration kann nicht mehr gesteuert werden. Ein Teil der Demonstranten sammelt sich vor der Thomaskirche. Hier kommt es zum gewaltsamen Eingreifen der Sicherheitskräfte mit Schlagstöcken und Hunden. Auch Passanten werden beeinträchtigt. Die Menschen rufen anfangs: „Wir sind keine Rowdys!“ So waren die Demonstranten in den letzten Tagen in der Presse titulierte worden. Weil das als Ruf recht holprig klang, kam ein Unbekannter auf die Idee zu rufen: „Wir sind das Volk!“ Der Schlachtruf der Friedlichen Revolution war geboren. Er verbreitete sich in Windeseile. Kombiniert mit „Keine Gewalt!“ wirken die Parolen auf die Sicherheitskräfte regelrecht entwaffnend. Sie haben ohnehin das Problem, gegen ihre eigenen Freunde, Bekannten und Nachbarn vorgehen zu müssen und keineswegs gegen Feinde, wie ihnen eingeredet worden war. Nun bröckelte die Legitimation der SED auch bei denen, die dem Machterhalt der Partei dienen sollten.

Dritter Oktober 1989

Kaum haben die Ausreisewilligen die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Prag und Warschau verlassen, drängen neue Flüchtlinge nach. Binnen eines Tages war die Botschaft in Prag wieder mit etwa 3.000 Menschen gefüllt. Die DDR-Führung reagiert auf die Flüchtlingskrise, indem sie die Ausreise in die sozialistischen Bruderländer erschwert oder verhindert. Nachdem es fast unmöglich geworden ist, noch ein Ausreisevisum nach Ungarn zu bekommen, wird auch der visafreie Reiseverkehr nach Polen ausgesetzt. Ab sofort müssen wieder Visa beantragt werden, die genehmigt oder verweigert werden können.

Partei- und Staatschef Honecker bekommt immer noch internationalen Besuch. Der britische Verleger Robert Maxwell ist zu Gast und tröstet Honecker über den Legitimationsverlust bei seinem Volk hinweg.

Vierter Oktober 1989

Die DDR-Partei- und Staatsführung gibt zum Massenexodus ihrer Landeskinde eine Erklärung ab. Den Flüchtlingen werde „keine Träne nachgeweint“ heißt es. Zeitgleich wird der visafreie Reiseverkehr mit der Tschechoslowakei ausgesetzt. Jetzt können die DDR-Bürger das Land nicht mehr aus eigenem Entschluss verlassen. Sie müssen um Genehmigung ersuchen, egal, in welche Richtung sie sich bewegen wollen. Es ist, als ob man einen Dampfkessel hermetisch versiegelt.

In der Prager Botschaft der Bundesrepublik befinden sich inzwischen fast 10.000 Menschen. Die hygienischen Verhältnisse werden unhaltbar. Deshalb wird diesen „Nachzüglern“ ebenfalls gestattet, per Zug über die DDR in den Westen auszureisen. Als die DDR-Bürger davon erfahren, finden sie sich zu Zehntausenden an der Bahnstrecke ein. Diesmal beschränken sich viele nicht nur aufs Rufen und Winken, sondern versuchen, die Züge zu stürmen. In Dresden drängen etwa 20.000 Menschen in den Hauptbahnhof und skandieren: „Wir wollen raus!“ Die im und um den Bahnhof verteilten Sicherheitskräfte versuchen, Bahnsteige und Gleisanlagen mit Wasserwerfern zu räumen. Mit Hunden und Schlagstöcken gehen sie gegen alle vor, die nicht weichen wollen. Es kommt zu den schwersten Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Polizeikräften seit dem 17. Juni 1953. Es gibt Dutzende Verwundete auf beiden Seiten. Ein Polizeiwagen geht in Flammen auf. Mehr als 1.300 Menschen werden festgenommen. Das sprengt die Dimension von Dresdens Gefängnissen. Die Verhafteten müssen über den ganzen Bezirk verteilt werden. Selbst die Nachbarbezirke müssen Inhaftierte aufnehmen. Währenddessen gehen die Bilder von den Prügelszenen um die Welt.

Bundeskanzler Kohl, selbst krank, hält sich telefonisch auf dem Laufenden.

Abseits des Geschehens trifft sich das Politbüro mit „Widerstandskämpfern und Aktivisten der ersten Stunde“, wie das *Neue Deutschland* berichtet.

Die Widerstandskämpfer gegen das Politbüro treffen sich ebenfalls. In Weimar findet eine Veranstaltung des Demokratischen Aufbruchs und des Neuen Forums statt, an der 1.200 Menschen teilnehmen. Viele berichten, dass sie tagsüber mit Hunderten anderen Bürgern in den Pass- und Meldestellen gegen die Reisebeschränkungen nach Polen, Ungarn und in die ČSSR protestiert haben. In der Altendorfer Kirche in Nordhausen findet trotz starker polizeilicher Abriegelung ein Friedensgebet statt. Ein Mann berichtet, dass er unter Protest die Kampfgruppen verlassen habe, weil sie seit einer Woche verstärkt an Schlagstöcken ausgebildet würden.

Selbst die bisher staatstragenden Künstler werden immer mutiger. In der Berliner Volksbühne fordern sie in einer öffentlichen Veranstaltung die sofortige Legalisierung der Oppositionsgruppen. In einer Privatwohnung wird von Vertretern dieser Gruppen zur gleichen Zeit eine „Gemeinsame Erklärung“ verabschiedet, die später als Wahlplattform der Opposition bezeichnet werden wird. Darin werden freie und geheime Wahlen unter UNO-Kontrolle gefordert. Außerdem werden alle Bürger aufgerufen, sich an den nötigen Reformen zu beteiligen. „Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten.“ Leider führte diese Erklärung nicht zu einem gemeinsamen Handeln.

Fünfter Oktober 1989

Massenverhaftungen in Magdeburg: Auf einer Demonstration mit 800 Teilnehmern für Reisefreiheit und Reformen werden 250 Menschen verhaftet. Massenverhaftungen in Dresden: Obwohl die Demonstration im Gegensatz zum Vortag äußerst friedlich verläuft, gehen Tausende Sicherheitskräfte, die in der Stadt zusammengezogen worden sind, mit Gewalt gegen die Demonstranten vor. Die umliegenden Gefängnisse sind längst überfüllt. An den neu eingerichteten „Zuführungspunkten“, den Sammelstellen für die Verhafteten, herrschen chaotische Zustände, die immer wieder zu Gewaltausbrüchen gegen die Gefangenen führen.

Verhaftungen in Plauen. Hier hat Superintendent Küttler, der offen das Neue Forum unterstützt, ein Friedensgebet in der Markuskirche angesetzt. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Termins wird Küttler vom Oberbürgermeister der Stadt aufgefordert, diese „Provokation“ zu unterlassen. Am Nachmittag wird die Kirche weiträumig abgesperrt. Abends werden viele, die sich am Gebet beteiligen wollen, schon auf dem Weg dorthin verhaftet. Trotzdem sind zu Beginn des Gebetes 2.000 Menschen in der Kirche versammelt. Draußen stehen Hunderte, die drinnen keinen Platz mehr finden. Die Andacht muss wiederholt werden.

In Leipzig bereiten sich die Behörden auf neue Demonstrationen vor und versuchen, Druck auf die Kirchenleitung auszuüben, damit auf weitere Friedensgebete verzichtet wird. Die Kirchenvertreter weisen dieses Ansinnen zurück.

Beunruhigt registrieren die Zeitungsleser Berichte über das enge, freundschaftliche Verhältnis zu China, wo im Juni die Reformbewegung blutig niedergeschlagen wurde. Man befürchtet eine „chinesische Lösung“, die, wie man heute weiß, von Honecker und seinen Getreuen auch ins Auge gefasst wurde.

In Berlin wird die US-Botschaft von Volkspolizisten hermetisch abgeriegelt, wie es vorher schon mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland gemacht wurde. Hier haben potentielle Botschaftsbesetzer keine Chance mehr, durchzukommen.

In Prag dagegen sind erneut 3.000 Flüchtlinge in der Botschaft. Da der visafreie Reiseverkehr gestoppt ist, haben viele heimlich die Grenze überquert.

Das *Neue Deutschland* berichtet über die Inbetriebnahme neuer Produktionsanlagen. Außerdem kündigt es den Besuch von Michail Gorbatschow für den nächsten Tag an. Der sowjetische Partei- und Staatschef will an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR teilnehmen.

Sechster Oktober 1989

Am Vorabend des vierzigsten Geburtstags der DDR brodelt es im Land.

Die SED macht vor lauter Angst die Schotten dicht. Sie lässt unter Bruch des Viermächteabkommens die Grenzübergänge in Berlin für Bundesdeutsche und Westberliner schließen. Sie will keine Zeugen.

Kampfgruppen werden quer durch das Land verlegt und die Gerüchte, Polizei und Armee würden zuschlagen, werden immer lauter. Sie bekommen Nahrung durch Äußerungen wie die eines Kampfgruppenkommandeurs in der *Leipziger Volkszeitung*, dass die Werte und Errungenschaften des Sozialismus geschützt werden müssten – „notfalls mit der Waffe in der Hand“. Der Satz macht blitzschnell die Runde im Land.

Trotzdem versammeln sich am Abend die Menschen in vielen Städten, um zu demonstrieren. In Dresden sind es 10.000. Als Polizei und Armee auf die Demonstranten einprügeln, verzichten die auf Gegenwehr. Sie rufen stattdessen symbolisch nach Gorbatschow und zünden Kerzen an. Auf der Bühne des Dresdener Staatsschauspiels verliest der Schauspieler Joachim Zschocke eine Unterstützungserklärung für die Opposition, in der Dialog, Reisefreiheit und freie Wahlen gefordert werden. Von nun an wird die Erklärung jeden Abend vor der Vorstellung verlesen. Erstmals finden Friedensgebete in Görlitz, Lugau und Coswig statt. In Saalfeld kommen zu dem traditionellen Freitagsgebet über 1.000 Menschen, weil sich der Demokratische Aufbruch vorstellt.

In Berlin findet im Stadtjugendpfarramt eine „Zukunftswerkstatt“ unter der Frage „Wohin DDR?“ statt. Über 2.000 Menschen kommen in die Erlöserkirche, um mit der Opposition die Perspektiven für das Land zu diskutieren. Die Stasi steht hilflos daneben.

Am Abend beginnen die Feierlichkeiten zum „Tag der Republik“ mit einem Fackelzug der FDJ vor der Tribüne am Palast der Republik in Berlin.

Honecker steht neben Gorbatschow, als die FDJler im Laufschrift vorbei defilieren. „FDJ, SED – alles ist bei uns okay!“ müssen die Jugendlichen rufen. Alles okay? Nicht ganz. Die Stasi entdeckt, dass in der Menge die Texte des Neuen Forum verteilt werden. Zwei junge Männer müssen aus dem Demonstrationszug entfernt werden, weil auf ihrem Schild „Sch...staat!“ zu lesen war.

In Halle treffen sich Mitglieder des Neuen Forums. Auf dem Heimweg werden etliche von ihnen verhaftet und die ganze Nacht verhört.

In Berlin geben die Initiatoren des Neuen Forums eine weitere Erklärung heraus. Sie richtet sich vor allem an die Mitglieder der SED: „Wenn in einer Führungspartei mit zwei Millionen Menschen die innere Diskussion und Zusammenarbeit verweigert wird, dann muss es allerdings zu qualvollen und unerträglichen Spannungen kommen. Die Diskussion, die die SED führen muss, ist ein wichtiger Teil der gesamtgesellschaftlichen Diskussion, die unser Land braucht.“

Siebter Oktober 1989

Vierzig Jahre DDR sollen gefeiert werden und Honecker ist entschlossen, sich seine Feierlichkeiten nicht stören zu lassen. Eine Welle von Ordensverleihungen überschwemmt das Land. Mancherorts muss die Ehrung ausfallen, weil der Geehrte nicht erscheint. Die Feierlichkeiten in den Städten und Dörfern nehmen einen ungewöhnlichen Verlauf, denn die Festredner werden immer wieder durch höhnische Zurufe aus der Menge unterbrochen, wenn sie die Erfolge des Sozialismus preisen. An vielen Orten kommt es zu Gegendemonstrationen oder Veranstaltungen der Opposition. In Gotha werden während eines Friedensgebetes symbolisch vierzig Kerzen als Ausdruck enttäuschter Hoffnungen gelöscht. In Erfurt versammeln sich 2.000 Menschen in der Kaufmannskirche. In Leipzig kommt es erstmals ohne Friedensgebet zu einer Demonstration. Seit dem Vormittag kommen immer mehr Menschen um die Nikolaikirche herum zusammen. Ständig versucht die Polizei, die Ansammlung zu zerstreuen,

indem sie viele Anwesende verhaftet. Trotzdem sind es am Nachmittag mehr als 5.000 Menschen. Erst am Abend kann die Demonstration durch die Sicherheitskräfte endgültig aufgelöst werden.

In Dresden ziehen ab 20 Uhr mehr als 10.000 Menschen durch die Stadt. Vor dem Rathaus, wo eine Festveranstaltung mit internationalen Gästen stattfindet, ruft die Menge: „Wir sind das Volk!“ Zunächst halten sich die Sicherheitskräfte zurück. Doch am späteren Abend kommt es erneut zu Prügelorgien und Verhaftungen.

Das sächsische Plauen wird zum Schauplatz der eindrucksvollsten Demonstration des Tages. Obwohl es heftig regnet, kommen auf dem Theaterplatz, auf dem eigentlich das offizielle Volksfest stattfinden soll, nahezu 20.000 Menschen zusammen. Bald rücken Wasserwerfer an und die Polizisten zücken ihre Schlagstöcke. Der Demonstrationzug bewegt sich in Richtung Rathaus. Dort sind Maschinengewehre aufgestellt. In dieser Situation gelingt es dem Superintendenten Küttler, beruhigend auf Demonstranten und Sicherheitskräfte einzuwirken. Die Konfrontation bleibt aus. Erst am späten Abend werden 60 Personen verhaftet und teilweise schwer misshandelt.

In Karl-Marx-Stadt wird ein Schweigemarsch von 1.000 Bürgern gewaltsam aufgelöst. Auch in Arnstadt und Ilmenau werden Demonstranten verprügelt und verhaftet.

All das findet praktisch unter Ausschluss der internationalen Öffentlichkeit statt. Westliche Journalisten sind im ganzen Land nicht zugelassen. Nur die Bilder aus Berlin gehen um die Welt. Hier werden die Vorgänge von in der DDR akkreditierten Journalisten dokumentiert. Es beginnt auf dem Alexanderplatz, wo, wie in jedem Monat, die Proteste gegen die Wahlfälschung stattfinden. Trotz zahlreicher Polizeiübergriffe zieht die Menge bis vor den Palast der Republik, wo der Festakt zum Jahrestag der Republik in vollem Gange ist. Vor dem Palast hatten sich schon weitere Demonstranten versammelt. Vereint rufen die Menschen: „Wir sind das Volk“ und „Demokratie, jetzt oder nie“. Der rumänische Diktator

Ceaușescu kommt zu spät zum Bankett, weil seine Staatskarosse Umwege fahren musste. Die sogenannte „Protokollstrecke“, auf der sich Regierungsfahrzeuge sonst ungehindert bewegen, ist von Demonstranten blockiert. Stasichef Mielke muss die Festivität dagegen früher verlassen. Als er die Demonstranten vor dem Palast sieht, ordnet er schreiend vor Wut die gewaltsame Auflösung des Zuges an.

Unter dieser Drohung ziehen die Menschen gegen 18 Uhr zur Gethsemanekirche im Prenzlauer Berg. Als sie am Gebäude des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes vorbeikommen, rufen sie „Lügner, Lügner!“. Festnahmen und Prügeleien begleiten die Demonstranten auf der ganzen Strecke. An der Gethsemanekirche kommen nur etwa 1.500 Menschen an. Die Polizei sperrt das Gebiet weiträumig ab. Dann setzt sie Wasserwerfer, Hunde, Schlagstöcke und Tränengas ein. Zahlreiche Verhaftete können in kein Gefängnis mehr eingeliefert werden. Sie müssen stundenlang in Kellern und Garagen stehen. Viele werden bei den Verhören geschlagen. In Wartenberg müssen Gefangene durch ein mit Gummiknüppeln bewaffnetes Polizeispalier rennen, wobei willkürlich zugeschlagen wird. Andere müssen sich nackt ausziehen und Liegestütze machen, wobei sie laut mitzuzählen haben. Im Eifer des Gefechts oder wegen Übermüdung werden auch Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit traktiert, die in der Menge ihren geheimen Dienst verrichtet hatten. Der Bekannteste ist IM „Heiner“, ein Theologieprofessor mit Sympathien für die SED.

Auch in der tiefsten Provinz wird der Unmut mit den Verhältnissen immer offener geäußert: Im Kulturhaus in Hainichen, Kreis Bitterfeld, findet ein Tanzabend statt. Zu später Stunde, auf dem Höhepunkt des Vergnügens, rufen Jugendliche: „Freiheit, Freiheit! Neues Forum zulassen!“ Daraufhin kommt ein Mann auf die Bühne und fordert die Jugendlichen auf, diese staatsfeindlichen Äußerungen zu unterlassen, sonst müsste er die Veranstaltung beenden. Die Jugendlichen antworten mit: „Stasi raus!“ Gleich danach wird die Veranstaltung aufgelöst. Die Teilnehmer werden vor

dem Kulturhaus von Polizisten und Männern in Zivil empfangen und zum sofortigen Heimgang aufgefordert. Stattdessen formiert sich eine Gruppe spontan zu einer Demonstration, zieht durch die Innenstadt und skandiert Parolen für Freiheit und gegen das Regime. Der Zugriff erfolgt schnell und überraschend. Einigen gelingt es, zu fliehen. Die anderen landen im „Zuführungspunkt“, einem einsam gelegenen ehemaligen Ziegelwerk. Die vermuteten Rädelsführer kommen direkt in das Volkspolizeirevier zum Verhör.

Abseits von all diesem Trubel findet in einem Pfarrhaus in Schwante bei Berlin eine entscheidende Neugründung statt. Die SDP wird aus der Taufe gehoben. Wie es sich für eine ordentliche Partei gehört mit Statut und Grundsätzen. Erster Sprecher wird Stephan Hilsberg, Geschäftsführer Ibrahim Böhme, der bald darauf zum Parteivorsitzenden avanciert. Damit gibt es erstmals seit der Zwangsvereinigung wieder eine eigenständige sozialdemokratische Partei auf dem Boden der DDR.

Achter Oktober 1989

Einem Kampfgruppenkommandeur aus dem Kreis Hainichen verdanken wir den einzigen mir bekannten Bericht aus Sicht der Regimestützen: Gegen sechs Uhr morgens klingelt bei ihm das Telefon. Alarm! Als er in der Unterkunft seiner Hundertschaft eintrifft, macht ihn sein Vorgesetzter mit den Vorfällen der vergangenen Nacht in Hainichen vertraut. Die Bewachung läge momentan in der Verantwortung der Genossen der Hundertschaft des VEB Barkas Hainichen. Da aber Konflikte aufgetreten seien, müsste dringend eine Ablösung durch eine ortsfremde Hundertschaft erfolgen.

Wenig später fahren zwanzig Freiwillige unter der Führung des Kommandeurs in Zivil und ohne Bewaffnung mit dem für solche Einsätze stets bereitstehenden LKW nach Hainichen. Sie treffen noch vor acht Uhr im Ziegelwerk ein und werden von der örtlichen Kampfgruppe erleichtert begrüßt. „Nur weg hier“ war deren Devise. An die Ablösung werden

Schlagstöcke ausgegeben, dann wird die Bewachung der zugeführten jungen Leute, darunter eine Frau, übernommen. Sie sind deutlich unter 25 Jahre alt und stehen zu diesem Zeitpunkt bereits seit ein Uhr nachts mit dem Rücken zur Wand, jeweils im Abstand von gut einem Meter. Sie dürfen nicht miteinander reden. Zwei Volkspolizisten geben Anweisungen, wie sich die Kämpfer zu verhalten hätten. Bei kleinsten „Vergehen“ (miteinander reden, sich Anweisungen widersetzen, sich hinsetzen) solle sofort vom Schlagstock Gebrauch gemacht werden.

Der Kommandeur quittiert den Befehl, setzt ihn aber nicht um. Nicht aus politischer Überzeugung, sondern weil ihm das völlig überzogen vorkam. Er weist seine Leute an, den Schlagstock zwar hinten im Gürtel zu tragen, ihn aber nur im Falle eines Angriffes als letzte Notwehr einzusetzen. Es kommt zu keiner weiteren Gewalt gegen die Jugendlichen, wobei die Inhaftierung und die Umstände ja schon Gewalt genug waren. Das wurde dem Kommandeur aber erst später klar.

Den freiwilligen Aufpassern im Ziegelwerk wird die Situation bald hochgradig unangenehm. Sie sagen ihrem Kommandeur, wenn sie geahnt hätten, was an diesem Tag auf sie zukommen würde, wären sie nicht mitgefahren. Unmittelbar nach diesem Einsatz treten viele Männer aus der Kampfgruppe aus. Sie wollen nie wieder gegen ihre Mitmenschen eingesetzt werden.

Im Laufe des Tages wird der Kommandeur von mehreren Jugendlichen angesprochen. Sie wollen zumindest Auskunft darüber, was weiter mit ihnen geschehen würde, wollen, dass ihre Angehörigen informiert werden. Außerdem haben sie Hunger und Durst. Der Gang zur Toilette ist demütigend, ein Aufpasser muss dabei sein. Nach einer Nacht auf dem kalten Gang frieren sie erbärmlich. Der Kommandeur weiß keine Antwort.

Irgendwann rutscht ein Jugendlicher nach dem anderen auf dem kalten Fußboden vor Erschöpfung in sich zusammen. Die Anweisung des Volkspolizisten, mit dem Schlagstock dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen wieder aufstünden, ignoriert der Kommandeur. Auf seine

drängenden Fragen nach dem „Wie weiter?“ bekommt er selbst keine Antwort.

Gegen Mittag fährt ein Wagen der Volkspolizei vor, um zwei weitere Jugendliche zum Verhör abzuholen. Zwei Kämpfer müssen zur Bewachung mit. Als sie wiederkommen, erzählen sie von Schlägen, mit denen die Jugendlichen empfangen wurden. An die Wand stellen, Beine breit machen und erst mal eine mit dem Schlagstock drüberziehen. Das war offenbar Teil des Verhörs.

Am frühen Nachmittag gibt es dann endlich etwas zu essen. Auch die Kampfgruppe hat bisher nichts bekommen. Die Jugendlichen müssen unter Bewachung essen, getrennt voneinander, jeder an einem anderen Tisch.

Die Kampfgruppen-Mitglieder bedrängen ihren Kommandeur immer häufiger mit dem Wunsch, nach Hause zu wollen.

Gegen 15 Uhr erscheint eine Gruppe Jugendlicher am Tor und will Auskunft über die Inhaftierten. Sie würden nicht eher gehen, bis sie dazu Informationen bekommen hätten. Der Kommandeur versucht, sie zum Weggehen zu bewegen. Noch während er mit ihnen spricht, fährt ein Wagen vor, von dem Polizisten abspringen und die Jugendlichen einkreisen. Nach der Drohung, selbst festgesetzt zu werden, entfernen sich die jungen Leute. Ihre Freunde in der Ziegelei bieten unterdessen ein Bild vollkommener Erschöpfung.

Gegen 16.30 Uhr erscheint ein Staatsanwalt. Im Beisein des Kommandeurs werden die Jugendlichen einzeln vorgeführt. Es wird ihnen eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, gut behandelt worden zu sein. Nach einer dringenden Ermahnung, sich ja nicht wieder öffentlich zu äußern, sonst kämen sie nicht wieder so glimpflich davon, waren sie endlich frei.

Gegen 17 Uhr sammelt der Kommandeur seine Truppe und rückt ab.

Die gewalttätigen Übergriffe der Sicherheitskräfte sind für zahlreiche Künstler und ihre Verbände Anlass, sich mit den Demonstranten zu solidarisieren: „Schluss mit der Gewalt gegen friedliche Demonstranten“

wird in einem „Aufruf im 41. Jahr der DDR“ von der Sprechergruppe junger Theaterschaffender gefordert. In Jena drohen die Arbeiter einer Großbäckerei mit Streik, wenn die Prügelei auf den Straßen nicht aufhören sollte.

In zahlreichen Städten, großen und kleinen, gibt es wieder Demonstrationen und Proteste: Ilmenau, Lindow, Chemnitz, Plauen, Berlin. In der Hauptstadt versammeln sich die Menschen erneut an der Gethsemanekirche. Vor der Kirche und in den Fenstern der umliegenden Häuser brennen unzählige Lichter. Die Polizei kesselt die Demonstranten ein und fordert sie zum Abzug durch eine schmale Gasse von Sicherheitskräften auf. Die Menschen setzen sich daraufhin auf das Straßenpflaster. Als die Sicherheitskräfte den Demonstrationszug stürmen, werden alle, die nicht rechtzeitig in die Kirche flüchten konnten, brutal attackiert. An den „Zuführungspunkten“ für die zahlreichen Verhafteten kommt es wieder zu Gewaltorgien. Viele der Sicherheitskräfte sollen nach Berichten der Betroffenen alkoholisiert gewesen sein.

Ab dem Nachmittag gibt es auch in Dresden wieder Demonstrationen. Die SED versucht, sogenannte „gesellschaftliche Kräfte“ dafür zu gewinnen, dass sie die Demonstranten von einem Verzicht auf ihre Aktion überzeugen. Bei diesen „gesellschaftlichen Kräften“ handelt es sich um SED-Mitglieder, die sich unter die Demonstranten mischen sollen. Von den 800 angeforderten Kadern erscheinen aber kaum die Hälfte. Und die erschienen sind, haben keinen Erfolg. Gegen 20 Uhr wird ein Teil der Demonstranten eingekesselt. In dieser Situation gelingt es zwei Geistlichen durch Verhandlungen mit dem Einsatzkommandeur zu erreichen, dass die Demonstranten abziehen werden, wenn eine Gruppe von Oberbürgermeister Berghofer und Bezirksparteichef Modrow empfangen wird. Von den Demonstranten werden 20 Menschen benannt, die am nächsten Tag um neun Uhr im Rathaus mit den SED-Funktionären sprechen sollen. Die „Gruppe der 20“ ist geboren, die einen

entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung in Dresden nehmen wird.

Während es bei den Sicherheitskräften auf der Straße zu wachsenden Zweifeln an ihrem Einsatz gegen die Demonstranten und sogar zu vereinzelt Befehlsverweigerungen kommt, ist Staatschef Honecker noch immer uneinsichtig. Angesichts der bevorstehenden Montags-Demonstrationen fordert er alle Ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED auf, diese mit allen Mitteln zu verhindern. Sein Stasichef Mielke befiehlt die volle Dienstbereitschaft seiner Truppe und die Bereitstellung von Reserven zur Auflösung von Demonstrationen. So gerüstet sehen sie dem Montag mit Siegeszuversicht entgegen.

Neunter Oktober 1989

Montag. Die Spannung im ganzen Land ist mit Händen zu greifen. Es gibt nur ein Thema: Wird es eine dritte Montagsdemonstration in Dresden geben und bleibt sie friedlich?

Am Morgen pünktlich um neun Uhr empfängt Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer die zwanzig Demonstranten vom Vortag. Er beginnt das Gespräch, indem er der Gruppe jegliche Legitimation abspricht. Er betrachte die Zusammenkunft lediglich als ein Bürgergespräch, wie er sie häufig führe. Demonstrationen würden auch weiterhin aufgelöst. Immerhin kündigte er an, dass alle Gefangenen, die nicht gewalttätig gewesen seien, freigelassen würden. Danach vereinbart er einen weiteren Gesprächstermin für den 16. Oktober. Die Ergebnisse sind zwar mehr als mager, es stellt sich aber heraus, dass die Tatsache, dass ein SED-Funktionär überhaupt gezwungen war, mit den Demonstranten zu reden, schwerer wog, als dass er wenig Zugeständnisse gemacht hatte. In der Kreuzkirche, der Versöhnungskirche, der Christuskirche und der Hofkirche mussten je zwei Informationsveranstaltungen stattfinden, um das Interesse der 24.000 Menschen zu befriedigen, die wissen wollten, was Berghofer gesagt hatte.

In vielen Städten und Gemeinden finden Fürbittgottesdienste statt, die von tausenden Menschen besucht werden. Allein der Magdeburger Dom zählt 4.000 Besucher.

Die Gedanken aller sind in Leipzig. Dort ist die Stadt seit 14 Uhr erneut abgeriegelt. Gleichzeitig strömen etwa 5.000 „gesellschaftliche Kräfte“ in die Nikolaikirche. Sie sollen bis zum Beginn des Friedensgebets ausharren und keinen Raum für Demonstranten in der Kirche lassen. Zu spät merken sie, dass dies ein Fehler war. Die Menschen warten, wie in der Woche zuvor, einfach vor der Kirche, bis es losgeht. Zudem finden Friedensgebete noch in drei anderen Kirchen, der Reformierten Kirche, der Thomas- und Michaeliskirche statt. Als die Gebete beendet sind, haben sich etwa 70.000 Demonstranten formiert. Niemand hat mit einer solchen Zahl gerechnet. Gerüchte schwirren durch die Stadt. Augenzeugen haben Panzerwagen hinter dem Schauspielhaus gesehen und fotografiert. Die Krankenhäuser haben Vorkehrungen getroffen und ihre Blutkonserven aufgestockt.

Die Einsatzleitung der Sicherheitskräfte weiß nicht, wie sie mit der Situation umgehen soll. Sie telefoniert nach Berlin, um Anweisungen zu erhalten. Parteichef Honecker ist nicht zu sprechen. Politbüromitglied Egon Krenz erbittet sich Bedenkzeit. Er lässt sich mit dem Rückruf Zeit. Inzwischen bewegt sich der gewaltige Zug mit den Rufen „Wir sind das Volk!“ und „Keine Gewalt!“ auf dem Ring. Als der Hauptbahnhof erreicht wird, löst sich die Demonstration langsam auf. Vom Einsatzleiter der Sicherheitskräfte ist der Satz überliefert. „Sie sind rum. Nun braucht der Krenz auch nicht mehr anzurufen.“ Eine Viertelstunde später, als schon alles vorbei ist, ruft Krenz doch noch an und billigt den Gewaltverzicht.

Die Nachricht, dass in Leipzig alles friedlich geblieben ist, verbreitet sich wie ein Lauffeuer in der ganzen DDR. Unter den Tausenden Besuchern in der Berliner Gethsemanekirche bricht Jubel aus, als von der Kanzel über die Geschehnisse in Leipzig berichtet wird.

Abends werden die Bilder aus Leipzig in den bundesdeutschen Fernsehsendern gezeigt. Von dort aus gehen sie um die Welt. Zu

verdanken ist das Siegbert Schefke, einem Amateurfilmer, der auf abenteuerlichem Weg nach Leipzig gelangt war und das Geschehen vom Dach der Reformierten Kirche aus gefilmt hat. Westjournalisten hatten die Stadt nicht betreten dürfen.

Die Demonstration in Leipzig macht deutlich, wie tief der Riss zwischen Machthabern und Volk bereits ist. Honecker & Co sind nicht mehr Herr im eigenen Haus.